

## Die Interzonenpässe abschaffen!

### Westliche Note an Semjonow — Personalausweis soll genügen

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist zur Zeit einer der Hauptdiskussionspunkte in der Weltpolitik. Man berät darüber sowohl in der UN in New York wie vor der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg. In dieser Situation haben die Oberkommissare der drei Westmächte erneut einen Vorstoß unternommen, der der praktischen Vorbereitung der Einheit Deutschlands gilt.

In drei übereinstimmenden Noten an den sowjetischen Oberkommissar Semjonow haben sie sich bereit erklärt, den Interzonenpaßzwang zwischen dem Bundesgebiet und der Sowjetzone mit Wirkung vom 30. September, 24 Uhr, aufzuheben, wenn die sowjetische Besatzungsmacht bereit ist, denselben Schritt zu unternehmen. Gleichzeitig lehnten sie den Vorschlag Semjonows ab, die Regelung zur Aufhebung des Interzonenpaßzwanges den Regierungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone zu überlassen.

Die Oberkommissare weisen darauf hin, daß das System der Interzonenpässe seinerzeit durch ein Abkommen der vier Besatzungsmächte eingeführt wurde und daher allein die Besatzungsmächte über die Aufhebung dieser Maßnahme zu befinden hätten. In diesem Zusammenhang erneuerten sie ihren Vorschlag vom 26. August, daß die vier Besatzungsmächte nun gemeinsam den alliierten Interzonenpaßzwang aufheben sollten.

Die Bundesrepublik hat feierlich ihren Wunsch und ihre Bereitwilligkeit dargetan, alles zu tun, um eine Lage zu schaffen, die es deutschen Staatsangehö-

rigen gestattet, ungehindert in ganz Deutschland zu reisen.

Nach Ansicht der Westmächte würde ein Vorzeigen der Perso-

nalalausweise genügen, den Grenzübertritt zu gestatten.

Berlin (DPA). Zu dem Vorschlag der drei westalliierten Oberkommissare fordert der Sowjetzonen - Nachrichtendienst ADN in einem Kommentar erneut „gesamtdeutsche Gespräche an einem Tisch“. Auf das konkrete Angebot, die Interzonenpaßpflicht am 30. September, 24 Uhr, abzuschaffen, geht ADN nicht näher ein.

## Einheit und Sozialpolitik

### Das Programm des Bundeskanzlers

Bonn (Eigenmeldung). In der ersten Sitzung der neuen CDU-Bundestagsfraktion entwickelte Bundeskanzler Dr. Adenauer das Programm für die künftige Arbeit der Regierung und des Parlaments. „In den nächsten vier Jahren werden die wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft des deutschen Volkes fallen“, erklärte der Bundeskanzler. Die eigentliche Aufgabe werde darin bestehen, den Werten des Christentums im Kampf gegen den Materialismus und gegen die Vermassung des Menschen im deutschen Leben wieder Raum zu schaffen.

Als wichtigste Ziele der praktischen Arbeit nannte Dr. Adenauer die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und die Verstärkung der Sozialpolitik. In der Sozialpolitik gelte es, besonders die Lage der Alten zu verbessern und die Familie zu fördern. Die Grundlage für die Gesundung der Familie müsse der Bau von familiengerechten Wohnungen im Sinne des Eigenheimbaus bilden.

Die Jugend habe eine starke Anteilnahme am politischen Ge-

schehen gezeigt. Auch für sie müsse mehr getan werden als bisher.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik strebt der Bundeskanzler eine Modernisierung der Großindustrie auf der Grundlage einer gesunden Kapitalbildung an. Auch die Beamten und die freien Berufe müßten in die Förderung des Mittelstandes stärker einbegriffen werden. Größere Aufmerksamkeit verdiene auch die Landwirtschaft.

„Wir werden“, so erklärte der Kanzler, „gemäß dem Auftrag des deutschen Volkes die Außenpolitik gradlinig weiterführen.“ Nach seiner Auffassung hat der Wahlausgang darüber entschieden, daß die Vereinigung Europas geschaffen werden soll, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben gerufen werden soll und daß der Kalte Krieg für die Sowjetunion verloren ist. „Es ist klar, daß wir auf dieser Basis jede Gelegenheit wahrnehmen wollen, um in der Frage der Wiedervereinigung vorwärts zu kommen!“



## Ulbricht wieder gesprächig

Ulbricht hat seine längere Zeit unterdrückte Gesprächigkeit wiedergefunden. Er hat vor dem Zentralkomitee der SED ein Referat von nicht weniger als etwa 25 000 Worten über den „großen Aufschwung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ gehalten und dabei bewiesen, daß er ein sehr kurzes Gedächtnis hat. Das Aufbäumen der Arbeiterschaft gegen die viel zu hoch angesetzten Arbeitsnormen, gegen die Löhne, gegen die miserable Versorgung, die Vernachlässigung der sozialen Betreuung und gegen die unmenschliche Behandlung der arbeitenden Bevölkerung in der Sowjetzone überhaupt ist bei ihm schon völlig in Vergessenheit geraten. Er, der an erster Stelle mitverantwortlich ist, glaubt nicht nur feststellen zu können, daß das der Sowjetzone aufzufingende System zu den „hervorragenden“ Erfolgen der Wirtschaftspolitik wesentlich beigetragen hat, er bringt sogar angesichts der wirklichen Erfolge der westdeutschen Wirtschaftspolitik und angesichts des dortigen Arbeitsfriedens den Mut auf, davon zu sprechen, daß es „in den westdeutschen Tarifverträgen nur um die Regelung für die Ware Arbeitskraft gehe, und daß von der Verpflichtung der Unternehmer zur Verbesserung der materiellen, kulturellen und sozialen Lage der Arbeiterschaft in den Tarifverträgen kein Wort zu finden sei“.

Es mag sein, daß solche Verpflichtungen in den Tarifverträgen nicht enthalten sind. Aber daß sie als solche von den Betrieben und von den Unternehmern empfunden werden, davon geben die nachhaltigen Bestrebungen zur Pflege der Human Relations einen überzeugenden Beweis. Sie haben ihren Widerhall gefunden in den zahlreichen Geschäftsberichten der großen Gesellschaften, von denen einige einen umfassenden sozialen Bericht beigelegt haben. Herr Ulbricht sollte sich auch einmal die freiwilligen so-

zialen Leistungen der großen privaten Gesellschaften ansehen, die oft genug 25 bis 30 Prozent der im Vorjahre meist wieder erhöhten Löhne ausmachen.

Wenn in der Sowjetzone bei den volkseigenen Betrieben ein Waschraum oder eine Kantine eingerichtet wird, so ist das eine große soziale Tat. Wenn aber im Westen für die Bergarbeiter Tausende von Häusern gebaut werden, wenn die Un-

ternehmungen für die Altersversorgung Millionenbeträge auswerfen, wenn zudem Gewinnbeteiligungen eingeführt, Ferienheime gegründet und Urlaubsvergütungen gezahlt werden, so ist das für Herrn Ulbricht „Vernachlässigung der sozialen Betreuung“, an der es im Osten, wie Herr Ulbricht selbst feststellen mußte, noch in sehr erheblichem Umfange mangelt.

## Kein Entgegenkommen

Fast zwei Stunden brauchte Wyschinski, um klarzumachen, daß kein Wandel in der großen außenpolitischen Konzeption der Sowjets eingetreten ist. Denn nicht anders kann es gedeutet werden, wenn er mit nachdrücklicher Tonschärfe all die alten Argumente im breiten Redefuß wiederholte. Nichts läßt darauf schließen, daß Moskau eine neue Taktik einschlägt, geschweige denn einen neuen Kurs. Kein gutes Zeichen für die Korea-Konferenz und für kommende Vierer-Gespräche. Wenn es zum Lugano-Treffen kommen sollte, so wird natürlich erst dort endgültige Klarheit über eventuelle sowjetische Bereitschaften und Absichten bestehen. Doch, wer ehrliche Absichten überhaupt hat, wer überhaupt zur Entspannung und zur fruchtbaren Diskussion bereit ist, trübt nicht schon vorher die Atmosphäre, wie das Wyschinski durch seine Rede fraglos getan hat. Diese Rede vor den UN wirkt demonstrativ und sie soll demonstrativ wirken. Die UN-Vollversammlung ist für die Welt das diplomatische Stimmungsbarometer geblieben. Dieses steht nicht auf „Schönwetter“, nicht mal auf „Veränderlich“.

Eine gewisse Ehrlichkeit liegt immerhin in der sowjetischen Haltung, wie sie von Wyschinski interpretiert wurde. Die Sowjets verzichten darauf, der Welt etwas vorzumachen. Ihre in den letzten Wochen versteifte Haltung zerstört falsche Hoffnungen. Die versteifte Haltung wirkt um so herausfordernder, als Wyschinskis Rede eine Antwort auf die UN-Rede des Außenministers Dulles ist. In die gleiche Linie paßt auch die Wochenend-Rede Malenkows zum Abschluß der sowjetisch-

nordkoreanischen Besprechungen. Eindringlich verdeutlicht sie die Politik des Kremel, die Satelliten in den politischen Gefahrenzonen zu unterstützen. Die Wirtschaftshilfe für Nordkorea ähnelt der Wirtschaftshilfe für die Sowjetzone. Ob diese Hilfe, die vorläufig nur ein theoretisches Versprechen ist, einmal tatsächlich verwirklicht wird, muß dahingestellt bleiben. Aber Moskau zeigt zumindest politisch sein starkes Interesse an diesen strittigen unbefriedeten Gebieten — ein Interesse, jetzt so ostentativ zur Schau gestellt, daß man immer mehr den Eindruck bekommt, hier werde beabsichtigt, sowjetische Einflußgebiete zu verewigen. Denn wenn sich die Sowjetunion trotz der eigenen Wirtschaftsschwierigkeiten zu Hilfsaktionen entschließt, liegt dem keine humane Hilfsbereitschaft zugrunde, sondern nüchternste politische Absicht.

Das gleiche gilt für das Verhältnis Moskau-Peking. Wenn Malenkow in Lobhudeleien über Rotchina ausbricht, wenn er Rotchina in diesem Augenblick als die ordnende Macht Asiens bezeichnet, so wirkt das im Hinblick auf Korea und Indochina aggressiv und trägt keineswegs bei zur Beruhigung und zum Frieden in den asiatischen Randgebieten. Verständlich ist, wenn die Sowjets ihre politische Position angesichts kommender Entscheidungskonferenzen so stark machen wie möglich. Aber sie respektieren dabei nicht die gebotenen Grenzen. Es hat den Anschein, als seien sie bemüht, möglichst vollendete Tatsachen zu schaffen. Entgegenkommen oder gar Kompromißbereitschaften sind nicht zu erkennen.



## Studenten protestieren

Darmstadt (DPA). Die Studentenausschüsse der Technischen Hochschule Darmstadt haben in einem Brief an die Evangelische Kirchenleitung von Hessen und Nassau gefordert, den Pfarrer Herbert Mochalski von seinem Posten als Studentenfarrer abzuverufen. Die Erklärungen Mochalskis, die für die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) kandidierte, vor und nach der Bundestagswahl, hätten das Ansehen der Darmstädter Studentenschaft geschädigt. Durch Kommentare der Sowjetzonenpresse sei der Eindruck entstanden, daß sich die Darmstädter Studentenschaft mit diesen Erklärungen identifizierte.

## FDJler verurteilt

Nürnberg (DPA). Ein Nürnberger Gericht verurteilte den FDJ-Funktionär Fritz Sieberl aus Nürnberg zu vier Monaten Gefängnis, weil er als Rädelführer in der illegalen FDJ-Arbeit angesehen wurde.

## Antiradikale Jugend

Marburg (AP). Das bemerkenswerteste Ergebnis einer statistischen Erhebung, die im ersten Marburger Wahlbezirk während der Bundestagswahlen durchgeführt wurde, ist die Tatsache, daß die jüngsten Marburger Wähler und Wählerinnen (erste Altersgruppe bis 30 Jahre) den rechts- und linksradikalen Parteien eine nahezu hundertprozentige Absage erteilt haben.

## Ehrgäste

Neuenahr (DPA). Zehn Einwohner aus Ostberlin und der Sowjetzone, die bei den Unruhen des 17. Juni in Berlin verwundet wurden, sind gegenwärtig zu einer dreiwöchigen Genesungskur Ehrgäste der Kurverwaltung in Bad Neuenahr.

## 2,2 Millionen Wohnungen seit 1945

Bonn (AP). In Westdeutschland sind seit Kriegsende 2,2 Millionen Wohnungen neu gebaut worden, 1,7 Millionen Wohnungen wurden seit Bestehen der Bundesrepublik errichtet, rund 500 000 in den Jahren 1945 bis 1948. Es besteht jedoch noch immer ein Bedarf von knapp

## Die Interzonenpässe

Am 27. August machten die Oberkommissare der drei Westmächte dem sowjetischen Oberkommissar den Vorschlag, die Interzonenpässe abzuschaffen. Wir unterstützten das mit dem Hinweis darauf, daß die Interzonenpässe heute eine überholte Angelegenheit sind, ein bürokratisches Überbleibsel ohne politische Bedeutung, das nur den Reiseverkehr erschwert. Semjonow hat diese Tatsachen keinesfalls abgestritten. Aber er glaubte, einen Gegenvorschlag unterbreiten zu müssen, daß nämlich die beiden deutschen Regierungen gemeinsam über die Aufhebung des Passzwanges beraten sollten. Hier mögen die alte kommunistische Parole „Deutsche an einen Tisch“ und die Möglichkeit einer Stimmungsmache vor den Bundestagswahlen mitgespielt haben. Heute jedoch fallen solche Überlegungen fort, zumal der Interzonenpaß als Regelung der vier Besatzungsmächte auch nur von diesen abgeschafft werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt mußte Semjonows Gegenvorschlag von den Oberkommissaren zurückgewiesen werden. Weil sich aber die Oberkommissare in dieser Frage zuständig wussten, traten sie nunmehr er-

neut an Semjonow heran. Das wird auf deutscher Seite mit Genugtuung festgestellt. Die drei Oberkommissare der Westmächte machen sich in dieser Angelegenheit zum Sprecher aller Deutschen zu beiden Seiten der Trennungslinie. Die Bereitschaft, vom 30. September 24 Uhr an keine Interzonenpässe mehr zu verlangen, ist ein konkreter Vorschlag, auf den Semjonow konkret antworten müßte. Und er könnte es zustimmend tun, ohne sich dabei in eine nachteilige Position hineinzumanövrieren. Denn es handelt sich hier, wie gesagt, um kein hochpolitisches Problem, sondern lediglich um eine praktische Maßnahme zur Verbesserung des Reiseverkehrs. Würde Semjonow zustimmen, dann wäre die erste Voraussetzung für einen reibungslosen freien Interzonenverkehr gegeben, der ja übrigens auch von den sowjetzonalen Organen sehr laut gefordert wird. Eine solche Zustimmung braucht also nicht auf die noch ausstehende Sowjetantwort zur vorgeschlagenen Lugano-Konferenz am 15. Oktober abgestimmt zu werden. Sie sollte schnell erfolgen, weil nichts eine Verzögerung rechtfertigt.

## Berliner Bereitschaftspolizei steht

Berlin (Eigenmeldung). Die Westberliner Bereitschaftspolizei in Stärke von 3000 Mann ist jetzt personell und materiell voll aufgestellt. Die letzten Annahmen von Freiwilligen erfolgten vor etwa sechs Wochen, so daß augenblicklich vier Fünftel der Bereitschaftspolizei jederzeit einsatzbereit sind.

## Flüchtlingssonntag

Berlin (Eigenmeldung). Zu einem Flüchtlingssonntag ruft die evangelische Jugend auf.

## Vergessen?

Berlin (Eigenmeldung). Das katholische Kirchenblatt für Berlin, „Petrusblatt“, weist darauf hin, daß Ulbricht bei seinem am 9. September gegebenen Rückblick über die ersten drei Monate des sogenannten „neuen Kurses“ auf das Verhältnis Staat—Kirche nicht eingegangen sei, obwohl bei der Proklamation des „neuen Kurses“ auch auf diesem Gebiet Änderungen angekündigt worden waren.

vier Millionen Wohnungen.

Gegenüber 1950 hat sich die Bautätigkeit inzwischen verdoppelt. Während 1950 rund 215 000 Wohnungen erstellt wurden, konnten im vergangenen Jahre 440 000 Wohnungen gebaut werden. In diesem Jahre werden 450 000 Wohnungen fertig.



## An der Spitze der UN

Daß eine indische Frau eine der angesehensten Persönlichkeiten der internationalen Diplomatie und jetzt sogar Präsidentin der Vollversammlung der „Vereinten Nationen“ würde, wäre vor dem zweiten Weltkrieg noch ganz undenkbar gewesen. Die Schwester des Ministerpräsidenten Indiens, die dreifünfundzigjährige Vijaya Lakshmi Pandit, hat in ihrer erstaunlichen Laufbahn diesen Höhepunkt erreicht.

Die Geschwister sind Kinder eines bedeutenden indischen Rechtsanwalts und Politikers, Motilal Nehru. Die Vorfahren der Familie haben schon am Hofe der indischen Mogulkaiser eine Rolle gespielt. Sie stammen aus Kaschmir, der indischen Schweiz. Auch der jetzige indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru, Schüler der englischen Universität Cambridge, war früher Rechtsanwalt. Sein Vater und er gehörten zu den einflußreichsten Anhängern der Kongreßpartei Mahatma Gandhis, und in dieser hochpolitischen Atmosphäre wurde Frau Vijaya Lakshmi, Mutter dreier Kinder, durch und durch mit Politik getränkt, ohne sich bis zu ihrem dreißigsten Jahr aktiv politisch betätigt zu haben.

Nach Errichtung der Unabhängigkeit Indiens ernannte der neue Ministerpräsident seine Schwester zum Chef der indischen Delegation bei der UN. 1948 und 1949 wurde sie Botschafterin in Moskau. 1949 bis 1951 Botschafterin in Washington. Und jetzt wählte die Vollversammlung im großen Sitzungssaal des UN-Wolkenkratzers am Hudson die Frau mit den silbernen Haaren, den dunklen lebhaften Augen, angetan mit einem blauseidenen, goldgestickten Sari, zu ihrer Präsidentin.

Nach ihrer Wahl erklärte sie, daß „die jetzige Vollversammlung der UN die günstigsten Gelegenheiten biete, weil sie in einer Atmosphäre der Hoffnung stattfindet, daß die Spannungen und Konflikte der Welt nun wirklich gelöst werden könnten“. Wieviel dabei weibliches Gefühl und wieviel politische Erkenntnis mitspielen, wird die Zukunft erweisen.

## Niederlage nach 10 Minuten

### UN-Vollversammlung überstimmte Wjatschinski

New York (AP/DPA). Die 8. Vollversammlung der UN hat am Dienstag kurz nach ihrer Eröffnung einen sowjetischen Antrag auf Zulassung Rotchinas zu den UN abgelehnt. Mit 44 : 10 Stimmen bei zwei Enthaltungen stimmte sie dagegen dem US-Antrag zu, diese Frage im Jahre 1953 nicht mehr zu behandeln.

Schon zehn Minuten nach der Eröffnung der Sitzungsperiode hatte der sowjetische Delegierte Wjatschinski, ohne die üblichen Eröffnungsformalitäten abzuwarten, die Forderung nach einem Wechsel der Vertretung Chinas in den UN gestellt.

Gegen den Einspruch der Sowjetunion empfahl der Lenkungsausschuß der UN-Vollversammlung, die Frage der vermißten deutschen, italienischen und japanischen Kriegsgefangenen auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Vollversammlung zu setzen.

Einer der bisherigen Höhepunkte der UN-Vollversammlung war eine Rede des USAußenministers Dulles, in der die Sowjetunion beschuldigt wird, eine Entspannung der

Weltlage zu verhindern. Dulles forderte die Sowjetunion auf, ihre guten Absichten durch Taten zu beweisen.

Als besondere Spannungszentren bezeichnete Dulles Deutschland, Österreich, Korea und Indochina.

Die Teilung Deutschlands, so sagte Dulles, „könne nicht ohne großes Risiko beibehalten werden“. Die Vorschläge der Westmächte für die Wiedervereinigung Deutschlands seien jedoch bisher von der Sowjetunion ebenso wenig beantwortet worden wie die Vorschläge für den österreichischen Staatsvertrag.

## Abgeschaltet

New York (AD). Die neuernannte Präsidentin der 8. UN-Vollversammlung, Frau Pandit, hat den sowjetischen Delegierten Jacob Malik kurzerhand „ausgeschaltet“, als er entgegen der Geschäftsordnung das Wort ergreifen wollte. Frau Pandit beriet kurz mit UN-Generalsekretär Hammarskjöld und schaltete dann das Mikrophon Maliks aus. Damit wurde auch automatisch die Übersetzung eingestellt.

## Spaak fordert Viererkonferenz

### Programm für Ost-West-Entspannung

Straßburg (AP/DPA). Der belgische Sozialist Spaak entwickelte vor der Beratenden Versammlung des Europarats seine Konzeption für die Beilegung der Ost-West-Spannungen. Eine Viererkonferenz mit der Sowjetunion, die Wiedervereinigung Deutschlands und volle Handlungsfreiheit einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung, die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands, die Unterzeichnung eines Sicherheitspaktes mit der Sowjetunion und die Errichtung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der Ostgrenze der Europäischen Gemeinschaft, also entlang der deutsch-polnischen Grenze, sind die Hauptpunkte seiner Vorschläge.

Spaak eröffnete die Debatte mit der Warnung, daß ein neutralisiertes Deutschland die

Welt unweigerlich in einen neuen schweren Konflikt stürzen werde. Es gebe nur eine Lösung: Die Aufnahme des wiedervereinigten Deutschland in die künftige EVG und den Abschluß eines Sicherheitspaktes zwischen der Gemeinschaft, den USA und Großbritannien einerseits und der Sowjetunion andererseits.

Bonn (Eigenmeldung). Zu dem Vorschlag des Präsidenten der Montanunion - Versammlung, Spaak, beiderseits der künftigen deutsch-polnischen Grenze eine entmilitarisierte Sicherheitszone zu schaffen, wird in Bonner Regierungskreisen Gewicht auf die Feststellung gelegt, daß solche Probleme in einen sachlichen Zusammenhang mit Friedensvertragsverhandlungen gehören. Sie könnten daher nicht bei einer auf die vier Mächte beschränkten Konferenz behandelt werden.



# Die Kolchoswirtschaft hat versagt

## Unzufriedenheit in der Sowjetunion — Das Ende einer Theorie

Nach all den hervorragenden Erfolgen, die von Zeit zu Zeit aus den wissenschaftlichen Instituten der Sowjetunion über neue Viehzuchtergebnisse oder über neues, ein Mehrfaches an Ernte versprechendes Saatgut in ausführlichen Berichten gemeldet werden, hätte man annehmen sollen, daß die sowjetische Landwirtschaft in großartiger Entwicklung sein müsse. Leider ist das Gegenteil der Fall. Es sind vielmehr in den über das unermesslich große Land verbreiteten Sowchosen (staatliche Großbetriebe) und Kolchosen (Bauernkollektive) offenbar noch größere Mißstände vorhanden, als sie schon häufig in der nach sowjetischem Vorbild gestalteten Sowjetzone festzustellen waren.

Wenn das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sich so plötzlich der Landwirtschaft erinnert und wenn der erste Sekretär Chruschtschow die zum großen Teil verlüderte Viehwirtschaft ebenso geißelt wie die völlig unzureichenden Ernteergebnisse der Landwirtschaft, so muß die Nahrungs- und Futtermittelmisere schon recht groß geworden sein, so daß Abhilfe dringend nötig ist.

### Bürokratie der Funktionen

Befäht man sich etwas näher mit dem in der „Täglichen Rundschau“ veröffentlichten Bericht des ersten Sekretärs, so sind, von wenigen lobend erwähnten Leistungsgebieten abgesehen, fast überall schwerste Versager festzustellen, bei der Ministerialbürokratie, die zu wenig Fühlung mit dem Land hat, bei den anderen Funktionären, bei den Direktoren der Sowchosen, den Leitern der Kolchosen, bei den Maschinen- und Traktorenstationen usw. Es stellt sich eben heraus, daß sich die Dinge vom grünen Tisch anders ansehen als in der Praxis und daß man aus Parteifunktionären keinen landwirtschaftlichen Sachkenner und aus „Knechten“ keine frei schaffenden Bauern machen kann. Die hochqualifizierte Leitung fehlt. Die übergroße Mehrheit der Direktoren der MTS, der Chefingenieure und Chefagronomen hat keine Hochschulausbildung, stellt Chruschtschow fest. Und er fügt hinzu, daß die meisten Agronomen, Ingenieure, Veterinäre, Techniker und andere Spezialisten in den Verwaltungsstellen sitzen, während auf dem Lande ein empfind-

licher Mangel an hochqualifizierten Kräften besteht. In den Kolchosen ist Unruhe, weil den Bauern die Ablieferung erdrückt und er keinerlei Anreiz verspürt.

### Große Viehverluste

Die Viehwirtschaft liegt besonders im argen und bedarf schnellster Hebung. Es fehlt an sicherer Futtergrundlage. Es fehlt an Weiden und Silos. Es fehlt an Wasser, an weitgehender Mechanisierung der großen Viehwirtschaften, es fehlt auch an Pflege des Viehs und an seiner veterinären Betreuung, und es fehlt überall an Ställen. Die Verluste an Vieh durch Eingehen sind groß. Auch um die Zucht ist es schlecht bestellt. So ist viel nachzuholen, wenn der Viehbestand in den nächsten drei Jahren so aufge bessert werden soll, daß er den Bedarf der Bevölkerung der Sowjetunion an Fleisch zu decken in der Lage ist, wie Chruschtschow dekretiert. Es bedarf außerordentlicher Mittel dafür.

### Düngemittel fehlen

Auch bei den Kartoffeln und Gemüsen reicht es längst nicht. Es gibt auch da einige rühmliche Ausnahmegebiete, aber im großen und ganzen hat auch hier das kommunistische System versagt. Neue Methoden der Aussaat wurden nicht angewandt. Die MTS funktioniert nicht, die Ernte klappt nicht, der Kolchosbauer hat zu wenig Interesse. Ob die materiellen Besserungen, die man ihm jetzt gewährt und deren strikte Durchführung verlangt wird, genügen, bleibt abzuwarten, ebenso, ob die zahlreichen Anweisungen befolgt werden. Die vergrößerte Anbaufläche wird

nur dann die schon festgelegten Hektar-Mehrerträge liefern, wenn auch die Vorbedingungen sichergestellt werden. Sie verlangen mehr Düngemittel, Stallmist wie andere Dünger, bessere Bodenbearbeitung, viel mehr Maschinen, geeignete Lagerräume und zur Versorgung der Bevölkerung bessere Verteilung. Bei Getreide, bei Nutzpflanzen und Ölpflanzen langen die Erträge nicht.

### Keine Techniker

Was über die Maschinen- und Traktorenstationen gesagt wird, ist noch schlimmer, weil von ihnen, wie Chruschtschow betonte, etwa drei Viertel aller landwirtschaftlichen Arbeiter von den Kolchosen abhängen. Die miserable Führung und ihre mangelhafte Ausbildung erwähnten wir schon. Aber auch in den unteren Kadern sieht es schlecht aus. Die Leute wurden schlecht bezahlt und auch schlecht behandelt, große Fluktuationen waren die Folge. Von einem Technikerstamm, der mit den jeweiligen örtlichen Verhältnissen vertraut ist, kann nicht die Rede sein. Aber vor allem fehlen die Reparaturwerkstätten, die Ersatzteillager, die Brennstoffbehälter usw. Rund 5000 neue Werkstätten, 10 000 Garagen und vor allem auch Wohnungen sollen in den nächsten Jahren Abhilfe schaffen. Dazu sollen 750 000 Traktoren zur Verfügung gestellt werden.

Das ist ein großes Programm. Es stellt nicht nur sehr große Anforderungen an die Landwirtschaft, bei der es wohl nach dem Bericht von Chruschtschow zu einigem Aufräumen kommen wird, sondern es greift auch tief ein in andere Industriezweige, in die Eisen- und Stahl-, die Motoren- und Maschinen-, die chemische und die Bauindustrie. Es wird, wenn es durchgeführt wird, viele Kräfte und Mittel binden, die bisher für die Schwerindustrie eingesetzt waren. Wie groß muß die allgemeine Unzufriedenheit sein, wenn die Mißstände so bloßgelegt und solche Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft der UdSSR dekretiert werden.



## Gültiger Haftbefehl gegen Ulbricht

Anstiftung zum Mord — Bis 1967

Berlin (DPA). Die Frage der Beteiligung des jetzigen ersten SED-Sekretärs Ulbricht und des kommunistischen Funktionärs Mielke an der Ermordung der Berliner Polizeioffiziere Anlauf und Lenk durch Kommunisten im Jahre 1931 spielte eine wesentliche Rolle vor der Beamtenkammer des Verwaltungsgerichts.

Dort vertrat der ehemalige Generalstaatsanwalt Dr. Wilhelm Kühnast seinen Anspruch auf seine beamtenrechtliche Anerkennung als Generalstaatsanwalt. Durch Prozeßbeteiligte wurde bekannt, daß noch bis zum Jahre 1967 Haftbefehle gegen Walter Ulbricht und Mielke wirksam sind, die Kühnast 1947 erwirkte, als seine amtlichen Ermittlungen den Verdacht ergaben, daß Ulbricht an der Vorbereitung des politischen Mordanschlags mitgewirkt habe und daß Mielke einer derjenigen gewesen sei, die die tödlichen Schüsse auf Anlauf und Lenk abgaben.

Kühnast, der bis zum Zusammenbruch Amtsgerichtsrat in Berlin war und als solcher jetzt Pension bezieht, war im Mai 1945 von den Sowjets als Generalstaatsanwalt bestellt und in dieser Stellung nach dem Hin-

zukommen der drei westlichen Besatzungsmächte durch die Viermächte-Kommandantur 1946 bestätigt worden. Im Dezember 1947 wurde er durch die Alliierte Kommandantur aus seiner Position als Generalstaatsanwalt wieder entlassen, und zwar, wie sein Prozeßvertreter geltend machte, auf Betreiben der Sowjets, die sich damit gegen die Ermittlungstätigkeit von Kühnast gegen Ulbricht, Mielke und andere Kommunisten wendeten.

## Frei erfundene Anklagen

Kirchenprozeß in Warschau — „Schuldbekennnisse“

Warschau (AP/DPA). Vor einem polnischen Militärtribunal hat, nach einer Meldung der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur, der Bischof von Kielce, Kaczmarek, nach stundenlangem Verhör ein umfassendes

## HO-Kiosk in Flammen

Potsdam (DPA/AP/Eigenmeldung). In Potsdam ist, wie jetzt bekannt wird, ein Ausstellungspavillon der staatlichen HO in der Friedrich-Ebert-Straße Ecke Wilhelm-Pieck-Straße niedergebrannt worden. Der Kiosk war von den empörten Bewohnern, denen von der Volkspolizei ihre in Westberlin erhaltenen Lebensmittel abgenommen worden waren und die zugleich gegen die hohen HO-Preise protestierten, angezündet worden.

Die „Märkische Volksstimme“ (SED) bezeichnet den Vorgang als „Sabotageakt“ und berichtet, daß bereits in der vergangenen Woche auf dem „Platz der Nationen“ eine HO-Imbißhalle von unbekanntem Tätern in Brand gesteckt worden war.

des „Schuldbekennnis“ im Sinne der gegen ihn erhobenen Anklage abgelegt. In dem Prozeß wird dem Bischof vorgeworfen, Spionage und Sabotage getrieben und mit der deutschen Besatzung zusammengearbeitet zu haben.

Die Überprüfung der Anklageschrift gegen den Bischof durch kirchliche Kreise hat inzwischen ergeben, daß die wesentlichsten Anklagepunkte frei erfunden sind.

Es steht einwandfrei fest, daß Bischof Kaczmarek nie mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hat. Während der nationalsozialistischen Besetzung Polens war er sogar im Jahre 1943 von der Gestapo verhaftet worden. Auch die Behauptung der Anklage, der Bischof habe 1938 einem Kongreß der Pilsudski-Legion beigewohnt, um dort gegen Sowjetrußland zu agitieren, trifft nicht zu, da der Kongreß überhaupt nicht stattgefunden hat. Das „Schuldbekennnis“ des Bischofs von Kielce ist demnach klar erpreßt worden, wie mit den polnischen Verhältnissen vertraute kirchliche Kreise feststellten.

Bischof Kaczmarek wurde bereits Anfang 1951 verhaftet. Mit ihm auf der Anklagebank sitzen zwei weitere Geistliche und eine Ordensschwester.

## 60 Prozent im Rückstand

Berlin (Eigenmeldung). Das „Ministerium für Landwirtschaft und Forsten“ der Sowjetzone hat die Erfassungskontrolleure ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Ablieferungssoll für „freie Bauern“ auf keinen Fall gekürzt werden dürfe und Rückstände höchstens „auf begrenzte Zeit“ zu stunden seien. Rund 60 Prozent aller Bauern sind nach den im Ministerium vorliegenden Berichten mit ihrem Ablieferungssoll im Rückstand.

Ende 1954 zu rechnen. Die immer wieder auftretenden Schäden an den Ausweichstellen erfordern zur Zeit den ständigen Einsatz von drei Baggern und vier Reparaturkolonnen.

## Schlechte Reise

Berlin (Eigenmeldung). Für den Winterfahrplan muß das sowjetzonale Ministerium für Eisenbahnen jetzt schon den vierten Entwurf aufstellen, da die Transportabteilung der sowjetischen Oberkommission ihre Zustimmung bisher verweigert hat. Insbesondere soll der Beschleunigung des Güterzugverkehrs größere Beachtung geschenkt werden.

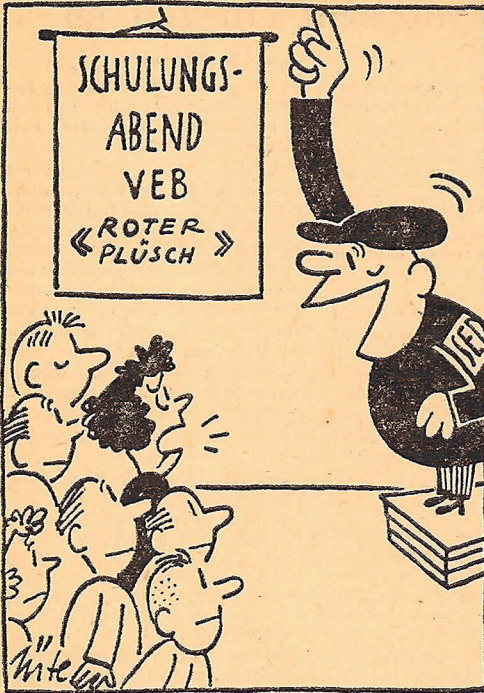
## Vopo-Werbepremien

Berlin (Eigenmeldung). Die Volkspolizei-Angehörigen erhalten künftig für jeden von ihnen geworbenen Anwärter für die kasernierte Vopo eine Werbepremie von 300 Ostmark.

## Kanalbau verzögert

Berlin (Eigenmeldung). Die Erweiterung des 34 km langen Umgehungskanals Paretz-Niedernuendorf für einen zweibahnigen Schiffsverkehr hat sich durch den Materialmangel und durch Geländeschwierigkeiten im Tiefmoor erneut verzögert. Mit einer Inbetriebnahme des für den Gegenverkehr von 1000-t-Schiffen verbreiterten Kanals ist nicht vor





„Genossen, neue Atombombenexplosionen in der Sowjetunion.“

„Se, und wann gibt's mal Butter in der HO?“

## „Neuer Kurs“ im Vogtland

Auch im Vogtland ist der „Neue Kurs“ eingezogen. Nicht der, den die SED Anfang Juni verkündet hat, sondern der andere, den die Bevölkerung am 17. Juni verkündete. Er steht zwar auf keinem Plakat, aber man braucht nur ins Kino zu gehen...

... da zeigt z. B. der DEFA-„Augenzeuge“ anlässlich der Lebensmittelhilfsaktion „Elend und Hunger in Westberlin“. Vor Monaten hätten die Zuschauer noch geschwiegen und die Wut in sich hineingefressen. Und jetzt — brüllt, lacht und trampelt das ganze Parkett.

Mit dem Flüstern ist es auch vorbei. Die Vogtländer sprechen wieder in normaler Lautstärke über politische Fragen. Vor allem über freie Wahlen. Nicht einmal Witze werden mehr in aller Heimlichkeit verbreitet. Es gibt auf diesem Gebiet übrigens

eine ganze Reihe von „Neuerscheinungen“: Die Krankenhäuser sollen z. B. überfüllt sein. Dort versetzt man den SED-Funktionären die Ohren auf den Hinterkopf, damit sie künftig den Mund noch weiter aufreißen können. Oder: „Wie spät ist es denn, mein Junge?“ — „Genau halb acht!“ — „Woher weißt du denn das, du hast doch gar keine Uhr?“ — „Brauche ich auch nicht — ich sehe ja, daß alle Leute die Fenster zumachen — jetzt kommen die RIAS-Nachrichten.“

Die SED-Funktionäre begnügen sich meist damit, die Ohren zuzumachen, wenn sie im Vorbeigehen so etwas hören. Es schmerzt sie aber, daß sie manchmal sogar blind sein müssen, wenn sie sich Unannehmlichkeiten ersparen wollen. Dort nämlich, wo zwei anscheinend ohne besondere Absicht zur Be-

## Nur flüstern . . .

### Das beste Mittel

Kürzlich kam ein Mann zum SED-Politbüro, dessen Mitglieder gerade ratlos über die immer wieder aufflackernden Streiks in der Zone diskutierten.

„Ich weiß ein Mittel“, erklärte der Mann, „um die Streikbewegung von heute auf morgen zu beenden.“

„Sagen Sie uns das Mittel!“ riefen alle SED-Funktionäre wie aus einem Munde.

„Gut, aber ich verlange dafür tausend Mark.“

Umgehend wurde ihm das gewünschte Geld überreicht. „Und nun verraten Sie uns das Mittel, wie wir die Streiks liquidieren können.“

„Gerne“, erwiderte der Mann, „es ist ein ganz einfaches Mittel: Bewilligen Sie die Forderungen der Arbeiter — treten Sie ab!“

### Urlaub

Ein Major von der sowjetischen Besatzungsarmee kam nach dreijähriger Abwesenheit auf Urlaub in seine Heimatstadt Moskau. Neugierig sah er sich um und blickte auf das Leben und Treiben vor dem Bahnhof.

„Bist du es wirklich, meine Heimatstadt“, flüsterte er, „oder bist du es nicht?“

Er drehte sich langsam nach seinen Koffern um, bemerkte aber im gleichen Augenblick, daß sie fort waren.

„Doch“, sagte er ergeben, „du bist es.“

### Piecks Sorge

Ein ausländischer Journalist interviewte Wilhelm Pieck: „Sie haben nun durch Ihre Regierung immer wieder den neuen Kurs proklamieren lassen — was sagt denn die Bevölkerung dazu?“

„Ach“, entgegnete Pieck niedergedrückt, „wenn sie nur etwas sagen würde. Aber leider handelt sie auch — und zwar dagegen...“

### Vorsicht!

Zwei sowjetische Bürger sprechen ganz leise über Politik. Einer erlaubt sich eine Kritik an Malenkov:

„Sag' das bitte nicht, Brüdern!“ ruft der andere.

„Aber warum denn nicht?“

„Nun — sicher ist einer von uns beiden ein Spion?!“

grüßung zwei Finger hebt. Und das heißt: „Das zweitemal klappt es besser.“



# Die Lufthansa startet mit acht Flugzeugen

In sechs Monaten ist es soweit — Zunächst kleines Liniennetz

Vom nächsten Frühjahr an wird auch die deutsche Flagge wieder auf den internationalen Flugstrecken zu sehen sein. Die „Deutsche Lufthansa“ kommt wieder.

Die deutschen Luftfahrtexperten, die schon seit längerer Zeit in aller Stille Pläne geschmiedet haben, sind sich darüber im klaren, wieviel Mühe es kosten wird, den seit dem Kriegsende verlorengegangenen Anschluß an die Weltluftfahrt wiederzufinden. Das gilt für die technischen und wirtschaftlichen Belange ebenso wie für die personellen Fragen und für die Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den mehr als 30 ausländischen Luftfahrtgesellschaften, die nach 1945 in das durchaus rentable Geschäft der Abwicklung des zivilen Luftverkehrs über und mit der Bundesrepublik eingestiegen sind.

Hinzu kommt, daß die technische Entwicklung gerade auf dem Gebiet der Luftfahrt inzwischen stürmisch vorangegangen ist. Das seit 1945 bestehende Verbot, in Deutschland Flugzeuge zu bauen, gilt noch immer. Namhafte deutsche Konstrukteure und Fachleute sind ins Ausland gegangen, um sich dort ein neues Betätigungsfeld zu suchen.

## Zwei Typen

In dieser Zwangslage bleibt vorläufig nichts anderes übrig,

als sich beim Wiederaufbau der deutschen Zivilluftfahrt ausländischer Flugzeuge zu bedienen, und es scheint, als sei die endgültige Wahl bereits auf amerikanische Baumuster gefallen. Genannt werden dabei zwei Typen, die sich in den letzten Jahren besonders bewährt haben. Für die kürzeren Strecken ist die „Convair 340“ in Aussicht genommen, eine schnelle komfortabel eingerichtete zweimotorige Maschine. Auf den Langstrecken soll die viermotorige „Super-Constellation“ verwendet werden.

## Aeußerste Sparsamkeit

Auch die Zahl der Maschinen, die für den Start der neuen Lufthansa zur Verfügung stehen werden, ist schon bekannt: je vier Flugzeuge dieser beiden Baumuster.

Das unumgängliche Prinzip äußerster Sparsamkeit zwingt die neue deutsche Luftverkehrsgesellschaft aber auch noch in anderer Beziehung zu weiser Beschränkung. So wird in der ersten Phase des Wiederaufbaus das Streckennetz wesentlich kleiner sein als vor dem Kriege. Im Jahre 1938 wurden im damaligen Reichsgebiet über

40 Flughäfen regelmäßig angefliegen, ganz zu schweigen von den zahlreichen Auslandsverbindungen.

Im Jahre 1954 werden vorerst nur neun Städte des Bundesgebietes und einige Hauptstädte West-, Nord- und Südeuropas an das Streckennetz der neuen Lufthansa angeschlossen. Zwei oder noch mehr Jahre dürften dann noch vergehen, ehe die Überseerouten nach dem Fernen Osten, nach Südafrika und Nord- und Südamerika wieder regelmäßig bedient werden können.

Nicht zur Diskussion steht hingegen vorerst die Wiederaufnahme des Luftverkehrs mit osteuropäischen Ländern, die vor dem Kriege eng an das deutsche Netz gebunden waren. Diese Gebiete betrachtet heute die Sowjetunion als ihre Luftfahrtomäne.

## Lufttor zur Welt

Heimathafen der neuen deutschen Lufthansa und damit auch das deutsche Lufttor zur Welt

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Letzte Energiequelle: Die Sonne

Bis zum Jahre 2035 müsse die Menschheit in der Lage sein, sich ein Prozent der die Erdoberfläche treffenden Sonnenstrahlen als Energiequelle nutzbar zu machen, da dann die wirtschaftlich verwertbaren Vorkommen an Kohle, Erdgas und Erdöl erschöpft sein würden, erklärte der amerikanische Wissenschaftler Palmer Putnam auf einem Kongreß in Madison (Wisconsin), der sich mit der Nutzbarmachung der Sonnenenergie befaßt.

Ein anderer Wissenschaftler gab bekannt, daß in den USA noch in diesem Jahr mehrere Maschinen auf ihre allgemeine Verwendbarkeit geprüft werden sollen, die mit Hilfe des

Sonnenlichts jeweils zwei bis fünf PS Leistungen aufweisen.

## Eine Richterinternationale

Eine internationale Richtervereinigung ist in Salzburg gegründet worden; ihr Sitz wird, auch weil von dort die Initiative ausging, Rom sein. Es soll ein Weltbund werden; das ist jetzt, nach den vorausgegangenen Tagungen in Rouen und Venedig, die Überzeugung der 100 Delegierten aus den zunächst beteiligten neun Staaten. Das Emblem ist die Weltkugel mit der Waage und der Inschrift: „Nur die Justiz kann dem Menschen die Freiheit sichern.“

wird Hamburg sein. Auf dem Fuhrsbütteler Flughafen entstehen moderne Hallenanlagen. Der erste Bauabschnitt soll im Frühjahr, möglichst schon im Februar fertiggestellt sein.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.